

Trotz allem: Hoffnung auf Versöhnung und Frieden im Nahen Osten

Werner Onken

„Gleich allen anderen Völkern ist es das natürliche Recht des jüdischen Volkes, seine Geschichte unter eigener Hoheit selbst zu bestimmen. ... Der Staat Israel ... wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. ... Wir bieten allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und guten Nachbarschaft und rufen zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe mit dem selbstständigen jüdischen Volk in seiner Heimat auf. Der Staat Israel ist bereit, seinen Beitrag bei gemeinsamen Bemühungen um den Fortschritt des gesamten Nahen Ostens zu leisten.“

aus: Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel vom 14. Mai 1948¹

„Frieden erfordert einen Dialog, der aus einfühlsamem Sprechen und aus Zuhören besteht, das oft schmerzvoll ist. ... Wir brauchten einen dritten Weg: bei den Palästinensern weder Hamas noch Fatah und bei uns weder Likud noch Arbeitspartei. Denn die Mehrheit der Palästinenser will genau das Gleiche wie die Mehrheit der Israelis, nämlich eine friedliche Lösung.“

Daniel Barenboim, 2015²

Nach dem vom deutschen NS-Regime verursachten beispiellosen Zivilisationsbruch der Schoah erfordert eine kritische Auseinandersetzung mit der heutigen Politik des Staates Israel sehr viel historische Übersicht und menschliches Feingefühl. Groß ist die doppelte Gefahr in den gegenwärtigen Zeiten eines bedenklich zunehmenden Antisemitismus, dass Kritik an der Politik Israels zu einem Instrument der Verbreitung antisemitischer Ressentiments wird und dass umgekehrt berechtigte Kritik an Israels Politik als antisemitisch abgewehrt wird.³

¹ Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel vom 14. Mai 1948 (1948). Zu seiner Gründungsgeschichte vgl. Michael Brenner (2016), S. 128 – 144.

² Daniel Barenboim (2015), S. 132 und 167.

³ Vgl. hierzu Meron Mendel, Über Israel reden – Eine deutsche Debatte (hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung), Berlin 2023.

Versuche, sich die ausweglos erscheinende Lage im Nahen Osten differenziert und ohne einseitige Parteinahmen zu vergegenwärtigen und vorsichtig über Auswege aus der Gewaltspirale nachzudenken, sind in der jüngsten Vergangenheit noch unrealistischer geworden. Das von Hamas-Terroristen am 7. Oktober 2023 an Israelis verübte Massaker hat den Glauben der Menschen in Israel an ein sicheres Leben im eigenen Land zutiefst erschüttert. Nachdem Juden in der Diaspora jahrhundertlang dem Wechsel von Emanzipation und Verfolgung bis hin zur Schoah ausgesetzt waren, weckte der Terror der Hamas schmerzliche Erinnerungen an ebenjene Schoah, vor deren Wiederholung sie im eigenen Land sicher sein wollten. Hinzu kam, dass sich dieser Terror nicht etwa gegen die israelischen Siedlungen im Westjordanland richtete, sondern gegen Kibbuz-Siedlungen in einem an Gaza angrenzenden israelischen Gebiet. Anstelle der ultraorthodoxen Siedlerbewegung wurde also das „Vorzeige-Sozialexperiment des Zionismus“ (Moshe Zimmermann⁴) zur Zielscheibe von brutaler Gewalt. Diese Gewalt rief als Gegengewalt eine massive militärische Reaktion Israels im Gazastreifen hervor. Während sich die Gewaltspirale im Nahen Osten immer noch weiterdreht – zuletzt unter direkter Beteiligung des Iran –, behält die Einsicht ihre Gültigkeit, dass sich der Nahostkonflikt niemals mit Gewalt und Gegengewalt lösen lassen wird. Darum wäre es dringend erforderlich, dass sich beide Seiten auf einen sofortigen Waffenstillstand verständigen, damit nicht noch mehr menschliches Leid entsteht, das wieder nur Vergeltungsakte hervorruft und eine gegenseitige Verständigung noch mehr erschwert.⁵

Zum Glück gibt es auf beiden Seiten noch Menschen, die sich auch inmitten des unsagbar großen Schmerzes dessen bewusst geblieben sind, dass sich die tiefen Gräben zwischen Israelis und Palästinenser*innen nicht mit gegenseitigem Hass und Racheaktionen werden überbrücken lassen. Auf dem Irrweg von Vernichtungsabsichten wird sich für niemanden die eigene Sicherheit für ein friedliches Leben erreichen lassen. „Es wird keine Sicherheit für die Israelis geben ohne Befreiung der Palästinenser*innen. Es wird aber auch keine Befreiung der Palästinenser geben ohne Sicherheit für Israel“, sind Rila Daoud und Alon-Lee Green von der israelisch-palästinensischen Graswurzelbewegung „Standing Together“ überzeugt. „Auf diesem Land leben Millionen Palästinenser und Millionen Juden, und egal, was manche sich vorstellen: Sie werden bleiben. Das ist unser aller

⁴ Moshe Zimmermann (2023), S. 17.

⁵ Vgl. hierzu den Aufruf des „Forum Ziviler Friedensdienst“: <https://www.forumzfd.de/de/gaza-waffen-stillstand-jetzt> (Zugriff: 10.4.2024).

Zuhause. Und wir kämpfen dafür, dass alle Menschen hier in Sicherheit, Freiheit und Unabhängigkeit leben können.“⁶

Ein beeindruckendes Zeugnis ihrer Fähigkeit, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg im respektvollen Dialog miteinander zu bleiben, legen auch Navid Kermani und Natan Sznaider im Vorwort zu Ihrem Buch „Israel – Eine Korrespondenz“ ab: „An der Hoffnung halten wir fest – oder halten wir uns fest - , es werde aus all dem Schrecken paradoxerweise die Einsicht erwachsen, dass Juden und Araber nun einmal zusammenleben auf diesem Fleckchen Erde, auf dem die Idee formuliert wurde, dass alle Menschen gleich seien.“⁷

Für einen größeren Durchbruch zu einem solchen *gleichen* Respekt sowohl vor den Israelis als auch vor den Palästinenser*innen ist die Zeit offensichtlich bislang noch nicht gekommen. Noch herrschen Gewalt und einseitige pro-israelische oder pro-palästinensische Parteinahmen vor⁸ und die Atmosphäre in Debatten über den Nahen Osten ist aufgeheizt. Dennoch können Initiativen wie „Standing Together“ oder auch der „Combatants for Peace“ und Dialoge wie der zwischen Kermani und Sznaider schon jetzt Hoffnungsfunken zur Vorbereitung einer späteren friedlichen Verständigung zwischen Israelis und Palästinenser*innen beitragen.⁹ Und schon jetzt ist es trotz aller Realitätsferne auch geboten, über alles gegenwärtige Leid und über alle gegenseitigen Schuldzuweisungen hinweg ein utopisches Fernziel eines gerechten Friedens im Nahen Osten zu entwerfen, um die alltägliche Realpolitik unter einen solchen Leitstern zu stellen und ihre nächsten Schritte daran auszurichten.

Der Kampf um das Heilige Land

Seitdem Juden aus vielen Ländern der Welt, wo sie nur als Minderheiten geduldet oder besonders in wirtschaftlichen Krisenzeiten mit brutaler Gewalt verfolgt wurden – am grausamsten in Deutschland - , um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert begannen, sich in Palästina ihren eigenen

⁶ Rula Daoud & Alon-Lee Green (2023): S. 4; auf der Website <https://taz.de/Palaestinerin-und-Jude-ueber-den-Krieg/!5976681/> (Zugriff: 20.3.2024).

⁷ Navid Kermani & Natan Sznaider (2002/2023), S. 12 – 13.

⁸ So beklagt die israelische Soziologin Eva Illouz, die Israels Politik und Kriegführung kritisch sieht, unter Hinweis auf die Campus-Proteste gegen Israels Politik und Kriegführung, dass „das Unterdrückungsregime im Iran oder das Vorgehen der Chinesen gegen die Uiguren“ nicht in gleicher Weise zu Protesten führen. Vgl. Eva Illouz (2024), S. 17.

⁹ Zur Organisation „Standing Together“ vgl. die Website <https://www.standing-together.org/en> und zu den „Combatants for Peace“ <https://www.ziviler-friedensdienst.org/de/dossiers/praevention/israelpalaestinisches-gebiete/combatants-peace> (Zugriffe: 20.3.2024).

sicheren Ort zu suchen, ergaben sich schon bald Konflikte mit dort lebenden Palästinensern, die das Land nicht mit zionistischen Siedlern teilen wollten. Im Laufe des 20. Jahrhunderts steigerten sich diese Konflikte bis hin zu Kriegen und Intifadas (arab. Intifada bedeutet abschütteln; gemeint ist die Abschüttelung der Besatzung). Auch der Bau einer Mauer erwies sich als untaugliches Instrument zur Eindämmung von Gewalt und Gegengewalt. Von Beginn an war der Nahost-Konflikt ein Dauerkonflikt um das Daseinsrecht in dem von beiden Seiten beanspruchten Heiligen Land¹⁰, durch das zudem auch immer schon Menschen aus (Nord-)Afrika, Arabien, Europa und (Klein-)Asien zogen, um Handel zu treiben und/oder Herrschaftsgebiete auszudehnen. Der Nahe Osten ist die Region, in der sich die drei Kontinente Afrika, Asien und Europa am nächsten kommen. Auch sind dort die drei abrahamitischen Religionen des Judentums, des Christentums und des Islams entstanden. Und schließlich haben auch die hebräischen und arabischen Sprachen mit den Worten „Schalom“ und „Salam Aleikum“ für Frieden dort eine gemeinsame semitische Sprachwurzel.¹¹

Für den Erziehungswissenschaftler und Publizisten Micha Brumlik ist der Konflikt um das Land seit jeher und auch heute noch „der letzte Grund des Palästinakonflikts“. Es handelt sich um einen „Streit um ein notwendigerweise knappes Gut, das nicht beliebig vermehrbar ist, nämlich um Böden und Behausungen“ sowie um das Wasser und andere Ressourcen.¹² Im Nahost-Konflikt zeigt sich seit mehr als einem Jahrhundert in einer besonders drastischen Weise¹³, zu welchen tragischen Folgen es führt, wenn nicht *allen* Menschen in allen Ländern der Welt das ihnen gebührende elementare Menschenrecht auf eine *gleiche* Teilhabe an den natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen zugestanden wird.

Nach der Jahrhunderte währenden Leidensgeschichte des auf viele Länder der Erde verstreuten jüdischen Volkes haben sich seit seiner (teilweisen) Rückkehr nach Palästina in gewaltsamen Konflikten mit Palästinensern auf beiden Seiten so viele tiefe Verletzungen angehäuft, dass vielen Betroffenen und Beobachtern diese tragischen Verwicklungen als nicht mehr entwirrbar erscheinen. Und dennoch bleibt es eine Aufgabe beider Völker und der mit ihnen leidenden Weltöffentlichkeit, nach einer Lösung des Nahost-Konflikts als Baustein einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung zu suchen, die

¹⁰ Michael Brenner (2002/2019), S. 53 (von zionistischen Siedlern vorgefundene Palästinenser). Vgl. auch Andres Zumach (2022).

¹¹ Moshe Zimmermann (2024), S. 116 (gemeinsame Wurzel der hebräischen und arabischen Sprachen) und 158 – 169 (geografische Schnittstelle dreier Kontinente).

¹² Micha Brumlik (2022), S. 146 – 147 (Nahostkonflikt als Folge der ungelösten Bodenfrage).

¹³ Vgl. Nathan Szaider (2022) und Benny Morris (2024).

sowohl den Israelis als auch den Palästinenser*innen neue Perspektiven für ein sicheres und friedliches Zusammenleben bietet.

Zur historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels

Vor dem Hintergrund des derzeit unentwirrbar erscheinenden Nahostkonflikts weckt es kaum noch für möglich gehaltene neue Hoffnungen auf einen Frieden im Nahen Osten, dass der israelische, an der berühmten New School of Social Research in New York lehrende Philosoph Omri Boehm in seinem 2020 erschienenen Buch „Israel – Eine Utopie“ mit viel Mut und Empathie für beide Seiten den Blick für eine mögliche Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinenser*innen geöffnet hat. Und selbst nach dem Terror der Hamas vom 7. Oktober 2023 hat auch der israelische Historiker Moshe Zimmermann in seinem Buch „Niemals Frieden? – Israel am Scheideweg“ den jüngsten Gewaltausbruch im Nahost-Konflikt in seinen geschichtlichen Kontext gestellt und sich nochmals dafür ausgesprochen, Israelis und Palästinenser*innen gleichermaßen in einer „Weitwinkel“-Perspektive in den Blick zu nehmen.¹⁴

Ausdrücklich bittet Boehm auch die Menschen in Deutschland zu einem konstruktiv-kritischen Mitdenken. Die Zurückhaltung vieler deutscher Intellektueller wie zum Beispiel Jürgen Habermas ist für ihn zwar aufgrund der Verbrechen des NS-Regimes verständlich, aber kein Zeichen eines „aufgeklärten Denkens“. Im Interesse der „Verteidigung des universalen Humanismus“ für alle Menschen auf der ganzen Welt und damit auch für Israelis und Palästinenser*innen hält es Boehm nicht nur für unerlässlich, sondern geradezu für einen Akt der Solidarität, *jede* „massive Verletzung des Völkerrechts und der Menschenrechte zu verurteilen“ – überall auf der Welt und auch dann, wenn sie vom Staat Israel an Palästinenser*innen und von Palästinenser*innen an Israelis ausgeübt wird. Mit der „Politik ethnischer Säuberungen“ in besetzten und schleichend annektierten palästinensischen Gebieten würde der Staat Israel nicht nur den Palästinensern Leid zufügen, sondern sich auch selbst verletzen.¹⁵

¹⁴ Moshe Zimmermann (2024), S. 12 (Weitwinkel-Ansicht).

¹⁵ Omri Boehm (2020), S. 11 (Habermas' Schweigen), 19 (universaler Humanismus), 25 (aufgeklärtes Denken), 37 - 38 und 53 (ethnische Säuberungen durch Ausbürgerungen). Vgl. auch Omri Boehm (2022) und (2023). Für sein 2022 erschienenes Buch „Radikaler Universalismus“ wurde Omri Boehm auf der Leipziger Buchmesse im Frühjahr 2024 mit dem „Buchpreis für Europäische Verständigung“ ausgezeichnet. Vgl. hierzu die Website <https://www.tagesschau.de/kultur/buchmesse-leipzig-136.html> (Zugriff: 20.3.2024).

Auch für Moshe Zimmermann kann es nicht deutsche Staatsraison sein, die Augen vor der Politik der israelischen Regierung zu verschließen. Für ihn ist es geradezu ein „Verrat an der Aufgabe, Israels Sicherheit als deutsche Staatsraison zu betrachten“. Um diese Aufgabe wirklich erfüllen zu können, müsse sich Deutschland erst noch klar darüber werden, auf welche Weise es seine historische Verantwortung für die Sicherheit Israels wirksam erfüllen könnte. Aus seiner Sicht stellt die von der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2008 proklamierte „Sicherheit Israels als deutsche Staatsraison“ eine Verpflichtung für „Deutschlands Politik und Deutschlands Diplomatie zum energischen Eintreten für Verhandlungen zwischen Israel und seinen Nachbarn, vor allem mit den Palästinensern“ dar. „Genau diese Aufgabe wurde seit 2008 vernachlässigt.“¹⁶

Boehm scheut auch nicht davor zurück, die seit dem Sechs-Tage-Krieg im Jahr 1967 anhaltende Besatzungspolitik seines Landes im Westjordanland sowie die Instrumentalisierung des Holocaust-Gedenkens für nationalistische Zwecke und die gleichzeitige völlige Verdrängung der Vertreibung von Palästinensern („Nakba“) mit deutlichen Worten zu kritisieren. In ähnlicher Weise beklagt auch Zimmermann, dass diejenigen politischen Kräfte in Israel, die den Bau von Siedlungen im Westjordanland vorantrieben, sich seit dem Jom-Kippur-Krieg 1973 noch zunehmend stärker radikalisiert haben.¹⁷

Diese sich steigernde Macht von Starken über Schwache kann auf *beiden* Seiten nur zu noch mehr Hass und zu einer sich unaufhaltsam weiterdrehenden Gewaltspirale führen. „Das Ergebnis einer solchen Realitätsblindheit wäre noch mehr Gewalt, und zwar viel mehr, als wir bislang erlebt haben.“¹⁸ Jenseits einer scharfen Trennung von Guten (wir) und Bösen (die anderen) müssten beide Seiten zu der Einsicht gelangen, dass sie sowohl als Täter als auch als Opfer in dieser höchst komplexen Spirale der Gewalt gefangen sind und dass sie dieser Gefangenschaft nur durch eine Politik der Verständigung auf *gleicher* Augenhöhe entkommen können. Und Aufgabe Deutschlands und anderer Länder wäre es, eine solche Nahost-Verständigungspolitik von außen zu unterstützen und sich darüber hinaus auch um gerechtere Strukturen der ganzen Weltwirtschaft und Weltpolitik zu bemühen.

¹⁶ Moshe Zimmermann (2024), S. 50 – 65, hier: S. 52 und 54 (deutsche Staatsraison).

¹⁷ Moshe Zimmermann (2024), S. 35 – 40, 92 – 99 und 126 – 127 (israelische Siedlungspolitik),

¹⁸ Omri Boehm (2020), S. 130 und 194 (rassistische Apartheidspolitik), 56 (Spirale der Gewalt). – Extrem zynisch war die von Boehm referierte Auffassung von Benny Morris, einem führenden israelischen Experten für die Vertreibung von Palästinensern, wonach „die große amerikanische Demokratie ohne die Vernichtung der Indianer nicht hätte geschaffen werden können“. (S. 133 und 136, Äußerung in einem Interview 2004) – Vgl. auch die „Dokumentation des Landraubs“ auf der Website <https://www.stiftung-medico.de/projektfoerderung/2022/dokumentation-des-landraubs> (Zugriff: 20.3.2024).

Zwei einzelne Staaten oder ein föderativer Gesamtstaat für Israelis und Palästinenser/innen?

Die vielbeschworene Zwei-Staaten-Lösung erschien vielen als sinnvoll, solange sich hoffen ließ, dass Israelis und Palästinenser*innen in jeweils eigenen Staaten zur Ruhe kommen und sich irgendwann einander annähern könnten. Aber Boehm zufolge war sie von Anfang an eine „Zweistaaten-illusion“. Zum einen beruhte sie auf der verfehlten Vorstellung von zwei getrennten, jeweils ethnisch homogenen Nachbarvölkern. Die nach Palästina eingewanderten Jüdinnen und Juden kamen aus ganz unterschiedlichen osteuropäischen und westlichen Ländern und sie waren ebenso wie die palästinensische Gesellschaft sowohl in religiöser als auch in sozialer und politischer Hinsicht sehr inhomogen.¹⁹ Zum anderen beruhte die Zwei-Staaten-Lösung auf dem für Boehm „fragwürdigen Grundsatz einer ethnischen Demokratie“ in Israel.²⁰ Deshalb sucht er „aus liberalzionistischer Perspektive ...eine Alternative zur Zweistaatenpolitik“ und sieht sie in einer „Einstaatspolitik“ mit einem „Umbau des Landes ... vom jüdischen Staat in eine föderale, binationale Republik“, in der Israelis und Palästinenser*innen *gleiche* staatsbürgerliche Rechte und Pflichten bekommen.²¹

Dieser Gedanke sei – so Boehm – keineswegs neu, sondern seine Wurzeln reichten schon in die Anfänge des zionistischen Siedelns zurück. Nur sei die „Einstaatspolitik seit Jahren als antizionistisch, um nicht zu sagen als antisemitisch verurteilt. ... Die Rehabilitierung der binationalen Ursprünge des Zionismus ist die einzige Alternative zu Apartheid und Vertreibungen, die eine liberale zionistische Hoffnung im 21. Jahrhundert aufrechterhält: die Sicherung eines demokratischen Heimatlandes, in dem jüdische Bürgerinnen und Bürger ihre nationale Selbstbestimmung ausüben – neben palästinensischen Landsleuten, die dasselbe tun, und zwar beide in ihrem eigenen, gemeinsamen souveränen Staat.“ Zwar lag die Bildung eines „Judenstaates“ (Theodor Herzl 1896) in den Anfängen des zionistischen Siedelns in Palästina noch in weiter Ferne, weil Palästina damals zum Osmanischen Reich gehörte und nach dem Ersten Weltkrieg britisches Mandatsgebiet wurde. Aber schon die Gründergeneration des Zionismus, die ihre ersten Kongresse in der schweizerischen Stadt Basel veranstaltete,

¹⁹ Michael Brenner (2002/2019), S. 21 – 50 (geografische Wurzeln des Zionismus), 58 – 66 (Landarbeiter, städtisches Bürgertum und Arbeiter), 74 – 78 (politische Zersplitterung) und 87 – 90 (religiöse vs. säkulare Orientierungen). Zur religiösen und sozialen Inhomogenität von Israelis und Palästinenser/innen vgl. Moshe Zimmermann (2024), S. 114 – 120.

²⁰ Omri Boehm (2020), S. 33 (Zwei-Staaten-Illusion) sowie 140 und 236 („ethnisch-jüdischer Nationalismus“ und ethnische Demokratie); S. 164 (keine Zukunft der Zwei-Staaten-Lösung).

²¹ Omri Böhm (2020), S. 43 - 44 (Herzl, Einstaatspolitik und föderale, binationale Republik als Ziel der zionistischen Gründergeneration und als heutige liberalzionistische Alternative zu Apartheid und Vertreibungen).

orientierte sich an der Schweiz als Vorbild für das friedliche Zusammenleben von deutsch, französisch, italienisch und rätoromanisch sprechenden Schweizerbürgern in einem gemeinsamen demokratischen Rechtsstaat. Ihr Ziel einer „föderalen, binationalen Republik“ in Palästina war Boehm zufolge „unter den Gründervätern des Zionismus lange Jahre Konsens“. In seinem Buch „Der Judenstaat“ hatte Herzl geschrieben: „Und fügt es sich, dass auch Andersgläubige, Andersnationale unter uns wohnen, so werden wir ihnen einen ehrenvollen Schutz und die Rechtsfreiheit gewähren. Wir haben die Toleranz in Europa gelernt.“ Danach war Herzl auch noch in seinem utopischen Roman „Altneuland“ (1902) für ein kooperatives Nebeneinander von Jüdinnen und Juden und Palästinenser*innen eingetreten.²²

Boehm erinnert daran, dass sich in den drei Jahren zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gründung des Staates Israel im Mai 1948 Judah L. Magnes, der Rektor der Hebräischen Universität Jerusalem, und der Religionsphilosoph Martin Buber in den jüdischen Organisationen „Brit Shalom“ (= „Friedensbund“) und „Ihud“ (= „Union“) noch einmal sehr für eine israelisch-palästinensische Föderation eingesetzt haben.²³

Buber war sich dessen bewusst, dass Palästina kein menschenleeres Land war, als die Zionisten um 1900 begannen, sich dort anzusiedeln. „In diesem Land gab es bereits eine Bevölkerung, die es ebenfalls als ihre Heimat empfand: die Araber, die sich hier vor 13 Jahrhunderten niedergelassen haben.“ Er verwies auch auf die Verwandtschaft der hebräischen und arabischen Sprachen sowie auf „manches Verbindende“ zwischen den jüdischen und muslimischen Religionen. Trotz der „Psychose des Krieges und der Angst“ zwischen den um das Heilige Land streitenden Völkern hielt Buber an der Zukunftsvision ihres friedlichen Zusammenlebens in einem „binationalen Gemeinwesen“ fest – „mit möglichst weitgehend abgegrenzten Siedlungsbezirken und zugleich mit möglichst weitgehender wirtschaftlicher Kooperation, mit vollkommener Gleichberechtigung beider Partner ohne Rücksicht auf die jeweilige zahlenmäßige Proportion und mit einer auf diesen Voraussetzungen aufgebauten Souveränität“. Auf dem Weg zu einem solchen „binationalen Gemeinwesen“ sollten Juden und Araber Buber zufolge einen „gemeinsamen höchsten Rat“ bilden und im Interesse ihrer beider wirtschaftlichen Entwicklung eine gemeinsame Infrastruktur schaffen – insbesondere ein „ungeheures Bewässerungswerk, das zugleich

²² Omri Böhm (2020), S. 54 - 55 und 175 – 177 (Herzl). – Theodor Herzl (1896), S. 95; zitiert nach Michael Brenner (2002/2019), S. 35. Für Brenner ist der Zionismus „eine nationale Bewegung mit kosmopolitischem Hintergrund“; in: (2002/2019), S. 49. Er spricht auch ausdrücklich von einer „nahöstlichen Schweiz“ (S. 78). Vgl. auch Michael Brenner (2016). Zu Herzls Roman „Altneuland“ vgl. Moshe Zimmermann (2024), S. 73 – 75 und 101.

²³ Omri Boehm (2020), S. 49 und 178 (Buber und „Brit Shalom“). – Wolfgang Heuer (2016), S. 28 – 29.

die landwirtschaftlich bebaubare Fläche auf ein Vielfaches vergrößern und einer weit ausgespannten bodenständigen Industrie die Kraftstationen liefern könnte.“ Schließlich stellte sich Buber auch schon die Bildung einer „Föderation arabischer Staaten“ vor, der sich ein solches binationales israelisch-palästinensisches Gemeinwesen anschließen könnte. „Die Völkerwelt braucht den Frieden Vorderasiens.“²⁴ -

Auch die Philosophin Hannah Arendt, auf die Omri Boehm häufig Bezug nimmt, trat mit Nachdruck für eine solche Föderation ein. Auch dann noch, als die Vereinten Nationen nach dem Ende des britischen Mandats in Palästina unter dem Einfluss der Großmächte die Weichen in die Richtung einer Zwei-Staaten-Lösung stellten, war es nach Einschätzung von Hannah Arendt „zur Rettung der jüdischen Heimstätte ... noch nicht zu spät“. In einem gleichnamigen Aufsatz aus dem Jahr 1948 mahnte sie, dass bei kriegerischen Auseinandersetzungen keine Seite gewinnen könne. „Man kann in vielen Schlachten siegen, ohne den Krieg zu gewinnen. ... Die ‚siegreichen‘ Juden würden, von einer vollkommen feindlichen arabischen Bevölkerung umgeben, abgeschlossen innerhalb ständig bedrohter Grenzen leben und derartig von physischer Selbstverteidigung in Anspruch genommen sein, dass alle anderen Interessen und Aktivitäten erstickt würden. ... Politisches Denken würde sich auf Militärstrategie konzentrieren; die Wirtschaftsentwicklung wäre ausschließlich von Kriegsbedürfnissen diktiert.“ Noch gebe es aber – wenn beide Seiten Zugeständnisse machten und der „Treuhänderschaft“ der Vereinten Nationen über ein ungeteiltes Palästina als Übergangslösung zustimmten – eine Chance für die „Errichtung einer gemeinsamen Regierung für zwei verschiedene Völker“ in einem „föderativen Staat“ mit „gemischten jüdisch-arabischen Gemeinderäten in Stadt und Land“. Darin sah Arendt eine „Chance einer engen Zusammenarbeit zwischen zwei Völkern, von denen das eine die fortschrittlichsten Tendenzen der westlichen Zivilisation verkörpert, während das andere ein vormaliges Opfer kolonialer Unterdrückung und Rückständigkeit ist.“ Darüber hinaus sah sie ähnlich wie Buber darin auch noch eine mögliche „Vorstufe einer späteren, umfassenderen föderativen Struktur des Mittleren Ostens und der Mittelmeerregion“.²⁵

²⁴ Martin Buber (1947/1983), S. 258 (Sprachen und Religionen), 261 -262 (binationales Gemeinwesen, Bewässerungswerk und arabische Föderation), 264 (höchster Rat beider Völker), 278 (Frieden in Vorderasien) und 281 (Psychose).

²⁵ Hannah Arendt (1948/2019), S. 250 (Chance für die Zusammenarbeit zweier Völker), 251 – 252 (Sinnlosigkeit kriegerischer Auseinandersetzungen) und 256 – 258 (föderativer Staat als Modell für den ganzen Nahen Osten). – Omri Boehm (2020), S. 49, 102 und 102 (Bezugnahmen auf Hannah Arendt), 183 (Arendts Plädoyer für eine föderative Ein-Staaten-Lösung). Vgl. auch S. 267 (Kondominium), 269 (arabischer Staatenbund) und 275 (weder Judenstaat noch Araberstaat).

Boehms Vision einer binationalen „Republik Haifa“

Als dann doch der Teilungsplan der Vereinten Nationen beschlossen wurde, warnte Hannah Arendt noch einmal weitsichtig vor der doppelten Gefahr, dass zum einen der Zionismus zu einem bloßen Nationalismus erstarren und dass zum anderen eine Missachtung der Palästinenser eine neue Form des Antisemitismus hervorrufen könnte.²⁶

Gerade weil sich nach der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 weitere gewaltsame Konflikte zwischen Israelis und Palästinenser*innen ergaben und weil die von Martin Buber ebenso wie von Hannah Arendt befürchteten Folgen eingetreten seien, erinnert Boehm ganz besonders an deren Haltung zu Israel/Palästina. Und er erinnerte daran, dass selbst David Ben-Gurion, der Gründer des Staates Israel, bereits während der 1930er Jahre „Grundlagen einer staatlichen Regierungsordnung in Palästina“ formuliert hätte, in denen er sich Israel nicht als „Herrschnation“ vorgestellt hätte. Vielmehr hätte er sich einen Bundesstaat mit kommunalen und kantonalen Untergliederungen als ein „Modell für die jüdische als auch für die palästinensische Selbstbestimmung“ vorgestellt.²⁷

Sogar Menachem Begin, „der zwischen 1977 und 1983 Israels erster rechter Ministerpräsident war“, habe Boehm zufolge noch 1977 der palästinensischen Seite auf Drängen von US-Präsident Jimmy Carter und des ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat ein Konzept für eine Autonomie unterbreitet, das allerdings weitgehend unbekannt geblieben sei. „Das verblüffendste Element dieses Plans ... war ... die Tatsache, dass diese Autonomie mit der Möglichkeit einer vollen israelischen Staatsangehörigkeit für jeden Palästinenser im Westjordanland und in Gaza verbunden war.“ Obwohl Begins Autonomie-Plan noch keine volle Rechtsgleichheit für Israelis und Palästinenser*innen vorsah, hätte er Boehm zufolge im Falle einer ernsthaften weiteren Diplomatie einen „großen Schritt in Richtung einer binationalen Einstaatföderation“ bewirken können.²⁸

Der Gefahr einer sich immer noch mehr in die Höhe schraubenden Gewaltspirale im Nahen Osten stellt Boehm schließlich seine eigene

²⁶ Hannah Arendt zitiert nach Wolfgang Heuer (2016), S. 30 – 32. – Bei aller philosophisch-politischen Klugheit war auch Hannah Arendt in ihrer großen Studie über die „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ (1955) leider nicht frei von einem eurozentrischen Blick auf die Menschen in Schwarzafrika. Im Kapitel 7 über „Rasse und Bürokratie“ sprach sie von „prähistorischen Menschen“ in Afrika als „schwarzen Barbaren“ und als „Wesen“, die im Gegensatz zum „grundsätzlichen Ethos der Europäer ... weder Vergangenheit noch Zukunft, weder Ziele noch Leistungen kannten“. Sogar vom „Tierhaften“ dieser „geschichts- und tatenlosen Menschen“ in dieser „Gespensterwelt des schwarzen Erdteils“ war die Rede. Vgl. hierzu Hannah Arendt (1955), S. 307, 313 und 317 - 323, sowie Iris Därmann & René Aguigah (2020) und 2021).

²⁷ Omri Boehm (2020), S. 180 – 182 (Ben-Gurions Konzept).

²⁸ Omri Boehm (2020), S. 205 – 210 (Begins Autonomieplan).

„binationale Vision der Republik Haifa“ entgegen, in der im Interesse einer gegenseitigen Verständigung Israelis auch Arabisch und Palästinenser*innen auch Hebräisch lernen. „Die Verfassung wird grundlegende Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Trennung von Kirche und Staat, demokratische Wahlen, unparteiische Rechtsstaatlichkeit und individuelle Gleichheit aller Staatsbürger unabhängig von Ethnie, Religion, Geschlecht oder Staatsangehörigkeit sowie die volle Anerkennung der nationalen Rechte von Juden und Palästinensern garantieren.“²⁹ Wie es schon Hannah Arendt überlegte, könnten die Vereinten Nationen diesen Prozess der Annäherung und Versöhnung zwischen den beiden Völkern – zumindest für eine Übergangszeit – als Mediatorin begleiten.

Davon abgesehen gesteht Boehm ohne Umschweife zu, dass „uns noch eine Sprache für das liberale zionistische Denken in einem Zeitalter nach der Zweistaatenlösung und nach dem ethnischen Selbstverständnis fehlt“.³⁰ Gleichwohl ist sein Buch „Israel – Eine Utopie“ ein kostbarer Augenöffner, weil es einen kritischen Blick auf Israel und Palästina ermöglicht, der frei ist von jedem antisemitischen und antipalästinensischen Ressentiment. Es ist nicht nur nicht antisemitisch und auch nicht bloß prosemitsch, sondern erfüllt von einer tiefen Verbundenheit mit Israelis und Palästinenser*innen als Menschen und ebenbürtigen Teilen der ganzen Menschheit. So ist „Israel – Eine Utopie“ geradezu ein Silberstreifen am blutroten Horizont des Nahen Ostens. Entsprechend positiv reagierte u.a. Micha Brumlik in einer Rezension in der „Zeit“, in der er die Erwartung aussprach, dass Boehm mit seinem Buch sehr dazu beitragen könnte, „die lähmende Resignation des immerwährenden Mantras von der Zwei-Staaten-Lösung zu überwinden“.³¹ Einer Zwei-Staaten-Lösung steht entgegen, dass sich mittlerweile über 700.000 israelische Siedler*innen in der Westbank angesiedelt haben, und dass zudem ein Palästinenserstaat aufgrund der (freilich nicht sehr großen) räumlichen Entfernung zwischen der Westbank und dem Gaza-Streifen gar kein zusammenhängendes Staatsgebiet bekommen könnte.

Moshe Zimmermann betrachtet Boehms Vorschlag zwar als „konstruktiv“, will aber den Menschen im Nahen Osten die Entscheidung überlassen, ob sie in zwei einzelnen Staaten oder in einem gemeinsamen Staat leben wollen. In der Debatte um eine Ein- oder Zwei-Staaten-Lösung geht es für ihn ausdrücklich „nicht um ein Entweder-Oder, sondern eher um ein Sowohl-als-auch. ... Die Lösung muss eine Mischung aus Nebeneinander und

²⁹ Omri Boehm (2020), S. 216 (Apartheid) und 226 (kein zweites Rhodesien) sowie 220 – 229, hier: S. 223.

³⁰ Omri Boehm (2020), S. 48.

³¹ Micha Brumlik (2020).

Getrenntsein sein.“³² Letztlich solle sie sich so entwickeln, wie es nach den Jahrzehnten der Gewalt dem Verlauf eines zukünftigen Versöhnungsprozesses entspricht.

Weiterführende Gedanken über ökonomische Grundlagen einer Ein-Staat-Lösung im Nahen Osten

Unabhängig davon, ob zunächst zwei Staaten nebeneinander bestehen, die allmählich in einen gemeinsamen Staat übergehen, oder ob gleich ein gemeinsamer föderativer Staat nach dem Vorbild von Boehms „Republik Haifa“ gebildet wird, gibt es noch zwei Punkte in Boehms Buch „Israel – eine Utopie“, die in seiner Rezeption noch nicht mit dem gebotenen Nachdruck aufgegriffen und weitergedacht wurden. Zum einen betreffen sie die auch von Boehm konstatierte Schwierigkeit, dass Israelis und Palästinenser*innen nach mehr als sieben Jahrzehnten der gegenseitigen tiefen Kränkungen nicht gleichsam von heute auf morgen zu einer binationalen Ein-Staat-Föderation übergehen können. Und zum anderen ist noch unklar, auf welcher ökonomischen Grundlage eine binationale Ein-Staat-Föderation errichtet werden könnte.

● Ein so außergewöhnlicher großer Schritt müsste in kleinen Teilschritten diplomatisch angebahnt werden und er müsste eingebettet sein in einen längeren historisch-politisch-kulturellen Prozess der Versöhnung und Vertrauensbildung. Boehm sieht diese Notwendigkeit und fordert als Beitrag hierzu, dass „man die Erinnerung an den Holocaust entnationalisiert und als eine öffentliche, staatsbürgerliche Pflicht einfordert“ – genauso wie das Gedenken an die Nakba. Dabei stellt er sich gerade nicht ein bloß israelisches Gedenken an den Holocaust und ein bloß palästinensisches Gedenken an die Nakba vor, sondern er denkt an ein beiderseitiges staatsbürgerliches Gedenken an ihre gemeinsame Tragödie, die darüber hinaus eine Menschheitstragödie ist.³³

Zur Bewusstwerdung der unauflöselichen Verflochtenheit der israelischen und palästinensischen Geschichte(n) haben in Israel politische Kräfte wie die von Uri Avnery mitgegründete Friedensorganisation „Gusch Schalom“ beigetragen.³⁴ Boehm zufolge sollte in Israel/Palästina eine „multinationale Föderation“ mit einer gemeinsamen Verfassung und einem gemeinsamen

³² Moshe Zimmermann (2024), S. 178 – 182 (Ein-/Zwei-Staaten-Lösung).

³³ Omri Boehm (2020), S. 52 – 53 (Entnationalisierung des Holocaust-Gedenkens, gemeinsames Gedenken), 88 und 224 (gemeinsames umfassendes Gedenken). – Zu Yad Vashem vgl. S. 77 – 79. – Zur Nakba vgl. S. 99 – 143.

³⁴ Zu Uri Avnery vgl. Roland Kaufhold (2003), S. 258 – 287.

Verfassungsgerichtshof anstelle von militärischer Besatzung und Annexion entstehen. Der Nahe Osten sollte eine „gemeinsame Heimat verschiedener Völker“ werden.³⁵ Nach den Vorbildern schon bestehender beiderseitiger Versöhnungsprojekte wie dem gemeinsamen Musizieren in dem von Daniel Barenboim und Edward Said gegründeten israelisch-palästinensischen „West Eastern Divan Orchestra“ und im Ensemble des Klarinettenisten und Klezmermusikers Giora Feidman oder den von „Tiyul-Rihla“ organisierten interkulturellen Begegnungen sollten noch viel mehr gemeinsame und zweisprachige Kindergärten, Schulen und Universitäten mit interkulturellen Unterrichtsmaterialien aufgebaut werden und in gemeinsamen Krankenhäusern sollten Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Glauben von „arabischen und jüdischen Ärzten“ behandelt werden.³⁶ In den Spielfilmen „Das Herz von Jenin“ und „Crescendo“ wurden versöhnliche Begegnungen von Israelis und Palästinenser*innen als Menschen eindrucksvoll dargestellt. Und nicht zuletzt gehört zur Versöhnung zwischen ihnen auch eine religiöse Toleranz im Sinne der Ringparabel in Lessings „Nathan der Weise“. Auf die Frage, welche der drei Religionen des Judentums, des Christentums und des Islams die einzig wahre sei, ließ Lessing Nathan antworten: „Der rechte Ring war nicht erweislich.“³⁷ Da keine Religion die alleinige Wahrheit für sich beanspruchen kann und da jede der drei großen Religionen obendrein in unterschiedliche Richtungen gespalten ist, bleibt den Gläubigen in einer säkularisierten Welt nur die Möglichkeit, Menschen mit einem anderen Glauben zu respektieren und einen überkonfessionellen Dialog mit ihnen zu pflegen.

● Gemäß den Vorstellungen von Omri Boehm sollen Israelis und Palästinenser*innen neben gleichen politisch-staatsbürgerlichen Rechten auch ein gleiches „Recht auf volle ökonomische Freiheit“ bekommen. Die während der vergangenen Jahrzehnte immer weiter vertiefte wirtschaftliche Kluft zwischen Israelis und Palästinenser*innen³⁸ erschwert jedoch ihre Begegnung als politisch *und* ökonomisch Gleichberechtigte. Durch wirt-

³⁵ Omri Boehm (2020), S. 177, 179 und 187 (gemeinsame Heimat verschiedener Völker in multinationaler Föderation“) sowie 222 (Föderation, gemeinsame Verfassung) und 225 (gemeinsamer Verfassungsgerichtshof).

³⁶ Omri Boehm (2020), S. 220 – 225 (zweisprachige Bildungseinrichtungen und Krankenhäuser). – Eine vorbildliche interkulturelle Bildungsarbeit wird auch in den von Jacqueline Flory gegründeten „Zeitschulen“ geleistet; vgl. dazu die Website www.zeltschule.org (Zugriff: 10.4.2024).

³⁷ Zu Friedensprojekten vgl. die Webseiten <https://west-eastern-divan.org/> - <https://www.giorafeidman-online.com/ensembles> - <https://www.domradio.de/themen/judentum/2017-09-03/israelis-und-palaestiner-besuchen-sich/> - <https://www.tagesspiegel.de/kultur/nahostkonflikt-am-dirigentenpult-4135363.html> - <https://www.versoehnungsbund.at/solidaritat-und-kooperation/friedensforderung-im-nahen-und-mittleren-osten/>. – Vgl. außerdem Forum Ziviler Friedensdienst (2010). – Andrea Backhaus (2015). – Gotthold Ephraim Lessing (1779/1988), S. 69 – 73 (Ringparabel).

³⁸ Moshe Zimmermann (2024), S. 148 – 159 (wirtschaftliches Gefälle zwischen Israelis und Palästinenser*innen).

schaftliche Reformen muss diese Kluft nach und nach überwunden werden. Zusätzlich zur Schaffung gleicher staatsbürgerlicher Rechte von Israelis und Palästinenser*innen in einem gemeinsamen Staat bedarf es also zur Befriedung des Nahen Ostens auch einer schrittweisen Überwindung der ökonomischen Ungleichheit – sowohl innerhalb der beiden Völker als auch zwischen ihnen.

Als wesentlichen Bestandteil einer politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung von Israelis und Palästinenser*innen sieht Omri Boehm ein gleiches Recht, überall im ganzen Land Grundstücke für Wohn- und Arbeitszwecke zu kaufen und sich dort niederzulassen.³⁹ Damit ist die Bodenfrage angesprochen, die noch in keinem Land der Erde befriedigend gelöst werden konnte – weder mit einem ‚freien Handel‘ mit Grundstücken noch mit deren Verstaatlichung. Wie in einem höchst geschichts- und symbolträchtigen Brennglas zeigt sich im Nahen Osten in besonderer Weise, was bislang überall auf der Welt immer wiederkehrende Anlässe für gewaltsame Konflikte zwischen Menschen und Völkern lieferte – nämlich das Fehlen eines elementaren Grundrechts *aller* Menschen auf eine *gleiche* Teilhabe an den natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen. Die Befriedung des Nahen Ostens und der ganzen Erde erfordert mithin eine *gleiche* Teilhabe aller Israelis und Palästinenser*innen sowie *aller* anderen Menschen am Boden einschließlich der unter der Oberfläche lagernden Ressourcen und der darüber befindlichen Erdatmosphäre sowie am Geld und an Unternehmen.

Weil der Nahostkonflikt in seinem tiefsten Kern ein Streit um „Heiliges Land“ ist⁴⁰, sollte die Frage, ob der ‚freie Handel‘ mit Grundstücken eine geeignete ökonomische Grundlage für eine lang ersehnte Versöhnung zwischen Israelis und Palästinenser*innen sein kann, gründlicher geklärt werden als von Boehm, der die Schattenseiten übersieht, die ein ‚frei‘ käufliches und verkäufliches ‚heiliges Land‘ als Handelsware, Kapitalgut und Spekulationsobjekt hat.

Es dürfte kein Zufall sein, dass die frühen Zionisten und spätere Protagonisten des gesellschaftskritischen statt nationalistischen Zionismus wie Martin Buber sich nicht nur Hoffnungen auf eine friedliche Koexistenz von Israelis und Palästinenser*innen in einem binationalen Staat machten. In einem zukünftigen Staat Israel wollte schon Theodor Herzl die soziale Gerechtigkeit deutlich besser verwirklicht sehen als in den schon bestehenden Staaten. In seinem Buch „Der Judenstaat“ und mehr noch in

³⁹ Omri Boehm (2020), S. 217 (wirtschaftliche Freiheit) sowie 208, 211, 213 und 223 (Landerwerb).

⁴⁰ Vgl. hierzu die in Anm. 2 erwähnte Charakterisierung des Nahostkonflikts von Micha Brumlik.

seinem Roman „Altneuland“ orientierte sich Herzl unter anderem an dem Roman „Freiland“ des österreichisch-ungarischen Bodenreformers Theodor Hertzka.⁴¹ Schon in den Anfängen des Zionismus gab es Vorstellungen von einem anderen Umgang der Menschen mit dem Boden und in diesem besonderen Fall mit dem Heiligen Land als einem ihnen allen gemeinsam von Gott gegebenen Menschheitserbe.

Im Einklang mit dem gleichermaßen jüdischen, christlichen und muslimischen Grundverständnis der Erde als unverkäuflichem Geschenk Gottes, das allen Menschen als Gästen auf der Erde für die Dauer ihres Aufenthalts auf ihr zu treuen Händen gegeben wird⁴², entwickelte der jüdische Arzt, Soziologe und Ökonom Franz Oppenheimer um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert liberalsozialistische Formen einer nachkapitalistischen, nicht mehr von Monopolen beherrschten Marktwirtschaft, in der das Land als Gemeinschaftsgut behandelt wird und in der es neben kleineren Privatbetrieben hauptsächlich genossenschaftlich organisierte Unternehmen gibt. Auf Einladung von Theodor Herzl konnte Oppenheimer seine Gedanken auf dem Zionistenkongress 1903 in Basel vortragen, wobei auch er für eine friedliche Koexistenz von Juden und Arabern eintrat. Daraufhin forcierte der zwei Jahre zuvor gegründete „Jüdische Nationalfonds“ einen Landerwerb in Palästina, um ab 1909 auf gemeinschaftlichem Land erste Kibbuz-Siedlungen zu gründen. 1910 gründete Oppenheimer auch selbst eine Kibbuz-Siedlung „Merchawia“ („Weite Gottes“).⁴³

Gemäß der biblischen Überlieferung zum Verständnis des Landes als Eigentum Gottes, das Menschen nur zeitlich befristet nutzen dürfen, sowie zum Hall- bzw. Jubeljahr verkaufte der „Jüdische Nationalfonds“ das Land nicht an die Siedler, sondern er behielt es und gab ihnen für die Dauer von 49 Jahren gegen ein Entgelt Nutzungsrechte (Erbpacht).⁴⁴ Bis zur Gründung des Staates Israel im Mai 1948 entstanden in Palästina insgesamt 177 Kibbuz-Siedlungen. Sie hatten damals jeweils zwischen 400 und 1200 Siedler*innen, die nach einjähriger Probezeit beitreten und ohne Anspruch auf Entschädigungen auch wieder austreten konnten.⁴⁵

Aus der Sicht von Hannah Arendt stellten die Kibbuzim „das vielleicht vielversprechendste gesellschaftliche Experiment des 20. Jahrhunderts“ dar. „Hier wurden in vollkommener Freiheit und ohne jegliche Staatseingriffe

⁴¹ Vgl. Michael Brenner (2016), S. 24 – 55 und 67.

⁴² Vgl. hierzu Roland Geitmann (2016), S. 52 – 69, und Christoph Körner (2017).

⁴³ Zu Hertzka und Oppenheimer vgl. Werner Onken (2022), Band 1, S. 290 – 300 und 420 – 424.

⁴⁴ Bernhard Vogt (1997), Teil 1, S. 24 – 25. – Zu Franz Oppenheimer vgl. Werner Onken (2022), S. 294 – 313. – Vgl. auch Efraim Orni (1973).

⁴⁵ Bernhard Vogt (1997), Teil 1, S. 27 – 29. – Vgl. auch Christiane Busch-Lüthi (1989) und Gerhard Senft (1997).

eine neue Form des Eigentums, ein neuer Bauerntypus, eine neue Art des Familienlebens und der Kindererziehung geschaffen und neue Wege zur Lösung der schwierigen Konflikte zwischen Stadt und Land, zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Arbeit beschritten.“⁴⁶ Es gab jedoch auch Widerstände gegen allzu kollektivistische Produktions- und Lebensformen, so dass im Laufe der Zeit in etwa gleichem Umfang wie die Kibbuzim auch stärker individualistische, auf mehr Eigenverantwortung beruhende Moshav-Siedlungen entstanden. Auch in den Moshavim blieb das Land gemeinschaftliches Eigentum; aber statt an das Kollektiv wurde es an einzelne Siedler verpachtet, die in eigenen Häusern wohnten und selbstständig wirtschafteten. Ansonsten blieben der Einkauf von Saatgut und Dünger sowie der Vertrieb der Erzeugnisse Aufgabe der Genossenschaft.⁴⁷

Nach der Gründung des Staates Israel trat im Zuge der verstärkten Einwanderung und des Übergangs von einer Agrar- zur Industriegesellschaft und im Zuge der neueren digitalen Revolution ein enormer sozialer Wandel ein.⁴⁸ Dieser Wandel hinterließ auch im Selbstverständnis der Kibbuz- und Moshav-Siedlungen Spuren. So spricht Michael Wolffsohn geradezu von einer „Verbürgerlichung der Kibbuzim“ als Folge der „Veränderung ihrer sozioökonomischen Struktur.“ In vielen Fällen „mussten die Kibbuzim dem Staat Land übereignen, das für den Wohnungsbau verwendet wird. Programmiert wurde auf diese Weise die weitere Verstädterung vieler Kibbuzim.“ Sie seien geradezu zu „Schlaf- und Ferienstätten reicher Städter“ geworden.⁴⁹

Im Hinblick auf den Wandel der sozialen Strukturen in Israel stellte Daniel Barenboim zufolge auch der Sechstagekrieg 1967 eine tiefe Zäsur dar: „Während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren die in Palästina eintreffenden jüdischen Immigranten von einer Vision erfüllt, in der die Vorstellungen und Verheißungen des Zionismus mit denen des Sozialismus verschmolzen. ... Erst nach dem Sechstagekrieg des Jahres 1967 begann dieser sozialistische Aspekt der israelischen Gesellschaft in Vergessenheit zu geraten – nicht aufgrund eines bewussten gedanklichen Prozesses, eines Umdenkens, sondern weil billige palästinensische Arbeitskräfte auf einmal in Hülle und Fülle zur Verfügung standen. ... Während dieser Zeit wurden in Israel die ersten Vermögen angehäuft, der

⁴⁶ Hannah Arendt (1948/2020), S. 249 – 250.

⁴⁷ Bernhard Vogt (1997), Teil 1, S. 28 – 29. – Vgl. auch Christiane Busch-Lüthi (1989), Nikolaus Besch (1995) und Gerhard Senft (1997).

⁴⁸ Zu den Einwanderungen nach Israel vgl. Michael Brenner (2002/2019), S. 50 – 74.

⁴⁹ Michael Wolffsohn & Tobias Grill (2016), S. 230 – 231 und 234.

Kapitalismus stellte zum ersten Mal eine attraktive Alternative zum Rückgriff auf die Ressourcen und die Kraft des Kollektivs dar.“⁵⁰

Gleichwohl gibt es in Israel auch heute noch einen hohen, vom „Jüdischen Nationalfonds“ verwalteten Anteil an gemeinschaftlichem Bodeneigentum. Jedoch ist mittlerweile im Zuge des Bevölkerungswachstums der Anteil an vorwiegend städtischem ‚frei handelbaren‘ Bodenprivateigentum sehr stark gestiegen.⁵¹ Im Interesse einer Verwirklichung des Menschenrechts aller Israelis und Palästinenser*innen auf eine *gleiche* Teilhabe an den natürlichen Lebensgrundlagen sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gegenden bedarf es einer Reform des Bodenrechts, die zum einen das überwiegend ländliche gemeinschaftliche Bodeneigentum vor einer kapitalistischen Privatisierung schützt und die zum anderen auch städtisches Bodenprivateigentum zum Gemeingut macht - entweder indem es sukzessive gegen Entschädigungen in gemeinschaftliches, gegen Entgelt privat nutzbares Eigentum überführt wird oder indem es – wenn es Privateigentum bleiben soll – im Sinne des „Single Tax“-Vorschlags von Henry George durch die Einführung einer Bodenwertsteuer entkapitalisiert wird.⁵² –

Zusätzlich zum Boden müssen auch die natürlichen Ressourcen als Gemeinschaftsgüter behandelt werden. So äußerte schon Martin Buber den Gedanken eines gemeinsamen israelisch-palästinensischen Bewässerungswerks. Gemäß einem Vorschlag von Fritz Andres könnte eine unter Mitwirkung der Vereinten Nationen gebildete „Wassergemeinschaft von Israelis und Palästinensern“ zu einem Musterbeispiel einer solchen den Frieden im Nahen Osten fördernden Ressourcenpolitik werden. Auf der Grundlage einer Betrachtung des Wassers als Gemeinschaftsgut könnte das Wasser von Israelis und Palästinenser*innen im Rahmen von gemeinsam festgelegten ökologischen Begrenzungen gegen Entgelte privat genutzt werden und die Entgelte könnten nach Abzug der Kosten der Wasseraufbereitung und der Leitungsnetze in gleichen pro-Kopf-Beträgen an alle Israelis und Palästinenser*innen zurückverteilt werden. Ein durchschnittlicher Wasserverbrauch würde im Ergebnis kostenlos, während ein überdurchschnittlicher Wasserbrauch mit Kosten verbunden wäre und ein unterdurchschnittlicher Wasserverbrauch bei sparsamen Verbraucher*innen zu einer Einnahme führen würde. „Mit einer Wassergemeinschaft würde zwischen Israelis und Palästinensern ein Feld der Begegnung unter Gleichen und der wechselseitigen Anerkennung als Menschen entstehen,

⁵⁰ Daniel Barenboim (2009), S. 133.

⁵¹ Vgl. Gadi Algazi (2018).

⁵² Vgl. Gerhard Senft (2013) sowie Dirk Löhrr (2013) und Dirk Löhrr & Fred Harrison (2017).

das nicht ohne Wirkung auf andere Konfliktbereiche bliebe. ... Das Abkommen sollte von Anfang an auf Erweiterung durch Beitritt anderer Länder wie Libanon, Syrien, Jordanien und Ägypten angelegt sein.“ Von einer solchen Wassergemeinschaft könnte Andres zufolge eine Signalwirkung auch auf die gemeinsame Nutzung des Öls und anderer Ressourcen des Nahen und Mittleren Ostens ausgehen, die bislang heiß umkämpft sind. Und sie könnte sich als Beginn einer sozialen und ökologischen Weltinnenpolitik erweisen.⁵³

Demgegenüber bezweckt der Vertrag über die Seegrenze zwischen Israel und dem Libanon, der unter Vermittlung der USA im Oktober 2022, also kurz vor dem Ende der Regierung Lapid und der Wiederkehr von Netanjahu auf die politische Bühne ausgehandelt wurde, gerade keine gemeinschaftliche Bewirtschaftung der unter dem Mittelmeer lagernden Gasvorkommen zum gleichen Nutzen der in Israel und im Libanon lebenden Menschen. Stattdessen geht es den beiden politisch instabilen Ländern in erster Linie um eine Förderung von Gas für den Export, wobei die Fördermengen, die Verkaufspreise und die Aufteilung der Verkaufserlöse noch nicht genau geklärt sind. In Zeiten des Krieges in der Ukraine sind vor allem westliche Staaten am Bezug von nicht-russischem Gas interessiert. Dabei wäre aus klimapolitischen Gründen eine Abkehr von fossilen Energieträgern geboten.⁵⁴ –

Neben der Boden- und Ressourcenfrage muss – ebenfalls deutlicher als von Boehm und anderen Autor*innen mitbedacht – auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Geld-/Realkapital und der Arbeit/Natur neu aufgerollt werden. Es geht dabei vor allem um die Frage, ob das Geld auch weiterhin einen in sich widersprüchlichen Doppelcharakter behalten soll, mit dem es einerseits den Menschen und Märkten als Tauschmittel dient und mit dem es andererseits – völlig unabhängig von den jüdischen, christlichen und muslimischen Religionen! – eine strukturelle wirtschaftliche Macht über die Menschen und Märkte ausübt und die Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital insbesondere in großen Städten antreibt. Könnte das Geld zu einem verteilungsneutralen Tausch- und Kommunikationsmittel der Märkte transformiert werden, das den Menschen in Zukunft nur noch dient? Und damit zusammenhängend – sollen weiterhin monopolistische Großkonzerne die Märkte beherrschen oder soll in Wechselwirkung mit einer Reform des Geldes (und des Bodenrechts) eine von Monopolen befreite, dezentralisierte Marktwirtschaft entstehen können,

⁵³ Vgl. Fritz Andres (2007/2020), S. 25 – 29 bzw. 336 – 341. – Zum Kampf um das Öl des Nahen und Mittleren Ostens vgl. Michael Lüders (2015).

⁵⁴ Vgl. hierzu Ohne Verfasser (2022), Alex Traiman (2022) und Julia Neumann (2022).

in der viele kleine und mittlere Privatunternehmen und Genossenschaften in einem fairen Wettbewerb stehen und auch miteinander kooperieren? Wie bei der Bodenfrage können die jüdischen, christlichen und muslimischen Religionen auch in der Geldfrage zwar keine konkreten Handlungsanweisungen geben, aber mit der kritischen Haltung zum Zinsnehmen und mit der Aufforderung, nicht gleichzeitig Gott und dem Mammon dienen zu wollen, enthalten sie immerhin eine ethische Orientierung.⁵⁵ Im Gegensatz dazu ist die Antwort des israelischen Historikers Yuval Harari auf diesen Fragenkomplex noch sehr unzureichend, denn Harari sieht zwar ansatzweise die innere Widersprüchlichkeit des Geldes als dienendes Tauschmittel und herrschendes Machtmittel, aber letztlich nimmt er das Geld gegen religiös-philosophische Kritik in Schutz und hält es einseitig für den „Gipfel der menschlichen Toleranz“.⁵⁶

Eine von Omri Boehm erhoffte Aussöhnung von Israelis und Palästinenser*innen in einer nicht mehr von traumatisierender Gewalt überschatteten und nicht mehr durch eine Mauer geteilten Einstaatföderation kann letztlich nur auf einem wirtschaftlichen Fundament gelingen, das gleichermaßen für Israelis und Palästinenser*innen gerechter ist als die bislang existierende monopolkapitalistisch verfälschte Marktwirtschaft.⁵⁷ Eine zukünftige politische Rechtsgleichheit von Israelis und Palästinenser*innen bedarf ihrer Ergänzung um eine ökonomische (Chancen-)Gleichheit. Sie könnte im Zuge einer Reform des Boden- und Ressourcenrechts entstehen und durch eine Reform des Geldes, die das Geld – in diesem Fall den Schekel, der schon jetzt nicht nur in Israel, sondern auch im Westjordanland und im Gazastreifen gilt – zu einem dienenden Tauschmittel macht, das alle dort lebenden Menschen in Gerechtigkeit und Frieden miteinander verbindet und nach und nach eine breite Streuung von Geld- und Realvermögen bewirkt.⁵⁸

Schalom & Salam Aleikum – nicht nur im Nahen Osten

Eine solche Transformation der kapitalistischen in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft wäre im Übrigen auch über Israel und Palästina hinaus aus zwei Gründen notwendig:

⁵⁵ Vgl. hierzu Roland Geitmann (2016) und Christoph Körner (2017).

⁵⁶ Yuval Harari (2013), S. 218 – 221 und 228 – 229. Vgl. hierzu Werner Onken (2022b), S. 7 – 8.

⁵⁷ Zur wirtschaftlichen Entwicklung Israels seit seiner Gründung und ihren Leitideen vgl. Michael Wolffsohn & Tobias Grill (2016), S. 256 – 272 und 303 – 310.

⁵⁸ Werner Onken (2022), Kapitel 7 im Band 1 und Kapitel 13 im Band 3.

- Zum einen muss der weiteren Aushöhlung der Demokratien in Israel ebenso wie in westlichen Ländern durch die sich vertiefende soziale und politische Spaltung der Gesellschaften durch Geld, Macht von Interessengruppen und Korruption sowie durch die gefährliche Ausbreitung eines „neuen Autoritarismus“ und durch immer noch mehr steigende Ausgaben für Überwachungstechnik und Rüstung wirksam Einhalt geboten. Während die westliche Linke seit dem Niedergang des kommunistischen Sowjetimperiums keine überzeugende Alternative zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus aufweisen kann, sind große Länder wie die USA und Brasilien tief gespalten in bürgerliche und rechtspopulistische Lager. Auch Russland und kleinere Länder wie Ungarn, Polen und die Türkei sind dem rechten Autoritarismus anheimgefallen. Während Polen diesen Irrweg gerade korrigiert, könnten mehrere westeuropäische Länder ihn erst noch beschreiten.

Diese weltweite Paralyse der Demokratie sieht der israelische Philosoph Yuval Krennitzer auch sehr deutlich als Gefahr für sein Land.⁵⁹ Die politische Instabilität Israels ist mit fünf Parlamentswahlen innerhalb weniger Jahre und mit dem Wahlergebnis vom Herbst 2022 unübersehbar geworden. Und die derzeitige, von Netanjahu angeführte rechtsextremistische Regierung Israels plant sogar eine Aufhebung der Unabhängigkeit der Justiz gegenüber dem Parlament, was de facto einer „Aushebelung der Gewaltenteilung“ gleichkäme. Netanjahus Justizreform wird auch von Yuval Harari als ein „Putsch von oben“ betrachtet: „Wenn das einzige, was die Macht der Regierung einschränkt, ihr eigener guter Wille ist, ist das der Inbegriff einer Diktatur.“⁶⁰

Nach Auffassung von Moshe Zimmermann herrscht in Israel seit längerem gar eine „Kakistokratie“, d.h. eine Herrschaft der Schlechtesten, die eine „nationalistische Theokratie“ ohne Gewaltenteilung in einem vom Mittelmeer bis zum Jordan reichenden „Groß-Israel“ anstrebt.⁶¹ Eine „Kakistokratie“ herrscht auch in Israels Nachbarländern und ganz besonders in denjenigen, die die Terrororganisationen Hamas und Hisbollah unterstützen. So stehen sich in Israel und in der arabischen Welt mittlerweile verschiedene religiös-fundamentalistische Lager feindselig gegenüber. Ihr politischer Einfluss muss abnehmen, wenn in dieser Region eine der gleichen Würde aller Menschen gerecht werdende Koexistenz

⁵⁹ Judith Poppe & Yuval Krennitzer (2022a), S. 13.

⁶⁰ Judith Poppe & Adam Shinar (2022b), S. 3. - Zu den Massendemonstrationen gegen Netanjahus Verfassungsänderung und der Eskalation der Gewalt und Gegengewalt in Hawara und im ganzen Westjordanland vgl. Charles Enderlin (2023) und Yuval Noah Harari (2023), S. 11. – Vgl. außerdem Forum Ziviler Friedensdienst (2023), Joseph Croitoru (2023) und Saul Friedländer (2023).

⁶¹ Moshe Zimmermann (2024), S. 86 - 88 (Groß-Israel) und 138 – 143 (Kakistokratie und nationalistische Theokratie).

von Israelis und Palästinenser*innen im Sinne eines Schalom und Salam Aleikum möglich werden soll.

- Zum anderen sollte es nicht nur darum gehen, den Israelis und Palästinenser*innen zu einem freiheitlichen, gerechten und sicheren Leben in ihrem gemeinschaftlichen ‚eigenen‘ Land zu verhelfen. Da bei weitem nicht alle Menschen jüdischen Glaubens nach Israel gewandert sind⁶², sollte es auch darum gehen, ihnen – ebenso wie emigrierten Palästinenser*innen – zu einem gleichermaßen freiheitlichen, gerechten und sicheren Leben in der Diaspora zu verhelfen.

Fazit

Nach alledem bedarf der von Omri Boehm neu initiierte Diskurs über einen nicht nur liberalen, sondern auch liberalsozialistischen Zionismus unbedingt auch einer ökonomischen Vertiefung. Und da am Nahostkonflikt nicht nur Israelis und Palästinenser*innen beteiligt sind, sondern auch global rivalisierende Welt- und Mittelmächte, könnte er zu guter Letzt erst dann dauerhaft lösbar werden, wenn nicht nur im Nahen Osten, sondern in *allen* Ländern der Erde gerechte wirtschaftliche und demokratische politische Strukturen geschaffen werden.

Die Verwirklichung einer gerechten und demokratieförderlichen Weltwirtschaftsordnung mit einer Schlüsselrolle der Vereinten Nationen als Verwalterin der globalen Ressourcenvorräte und als Trägerin einer gerechten Weltwährungsordnung (deren Grundzüge der britische Ökonom John Maynard Keynes bereits während des Zweiten Weltkriegs in seinem „Bancor-Plan“ entworfen hat⁶³) könnte schließlich auch jeglichen Fundamentalismen den wirtschaftlichen Nährboden entziehen und der Stärkung westlicher, aber nicht mehr kapitalistisch verfälschter freiheitlicher Demokratien in Israel und in seinen arabischen Nachbarländern förderlich sein. Im Zuge einer solchen Entwicklung könnte auch noch allmählich Wirklichkeit werden, was sich Martin Buber und Hannah Arendt schon zur Zeit der Gründung des israelischen Staates in ersten Umrissen vorstellten – dass sich nämlich ein gemeinsamer föderaler Rechtsstaat von Israelis und Palästinenser*innen mit seinen arabischen Nachbarländern in Vorderasien zu einem regionalen Staatenbund und einer regionalen Wirtschaftsgemeinschaft zusammenschließt.

⁶² Moshe Zimmermann (2024), S. 80 – 85.

⁶³ Vgl. hierzu Werner Onken (2022) Band 3, S. 1145 – 1200 (europäische Einigung und Keynes' Bancor-Plan).

Literatur

Algazi, Gadi (2018): Wem gehört das Land? – Landbesitz und Ungleichheit in Israel; auf der Website <https://www.rosalux.org.il/ungleichheit-israel/>

Andres, Fritz (2007): Gedanken über eine Wassergemeinschaft von Israelis und Palästinensern, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 153. Folge, S. 25 – 29; auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-152-159.html>. Nachdruck in: Andres, Fritz (2020), Boden, Ressourcen, Klima – Geld – Unternehmen. Für ein Grundrecht aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, Münster, S. 336 – 341.

Arendt, Hannah (1948/2020): Zur Rettung der jüdischen Heimstätte ist es noch nicht zu spät, in: dies., Wir Juden – Schriften 1932 – 1966, hrsg. von Marie Luise Knott & Ursula Ludz, München.

Arendt, Hannah (1955): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft - Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus, Frankfurt/M.

Backhaus, Andrea (2015): Uns bringt Ihr nicht auseinander, in: ZEIT-Online vom 6. Januar; auf der Website <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-01/jerusalem-juedisch-arabisches-leben>

Barenboim, Daniel (2009): Klang ist Leben – Die Macht der Musik, 4. Aufl. München.

Barenboim, Daniel (2023): Unsere Friedensbotschaft muss lauter sein denn je, in: Süddeutsche Zeitung vom 13.10.2023.

Besch, Nikolaus (1995): Die israelischen Genossenschaften, besonders die Siedlungsgenossenschaften des Kibbuz, des Moschaw Owdim und des Moschaw Schitufi; in: Kooperations- und genossenschaftswissenschaftliche Beiträge Band 35, Münster.

Boehm, Omri (2020): Israel – Eine Utopie, Berlin.

Boehm, Omri (2022): Radikaler Universalismus – Jenseits von Identität, Berlin.

Boehm, Omri (2023): Interview in der 3Sat-Sendung „Sternstunde Philosophie“ am 5.11.2023; auf der Website <https://www.youtube.com/watch?v=kd3Z3OFrBGY>.

Brenner, Michael (2002/2019): Geschichte des Zionismus, 5. Auflage München.

Brenner, Michael (2016): Israel - Traum und Wirklichkeit des jüdischen Staates - Von Theodor Herzl bis heute, München.

Brumlik, Micha (2020): In Haifa liegt die Lösung – Rezension zu Omri Boehm „Israel – Eine Utopie“, in: ZEIT-Online vom 1. Juli; auf der Website <https://www.zeit.de/2020/28/israel-eine-utopie-omri-boehm-sachbuch-nahostkonflikt>

Brumlik, Micha (2022): Postkolonialer Antisemitismus? – Achille Mbembe, die palästinensische BDS-Bewegung und andere Aufreger, 2. Aufl. Hamburg.

Buber, Martin (1947/1983): Ein Land und zwei Völker – Zur jüdisch-arabischen Frage; hrsg. von Paul Mendes-Flohrs, Frankfurt/M.

Buber, Martin (1947/1985): Pfade in Utopia - Über Gemeinschaft und deren Verwirklichung, Heidelberg.

Busch-Lüthi, Christiane (1989): Leben und Arbeiten im Kibbuz - Aktuelle Lehren aus einem achtzigjährigen Experiment, Köln.

Croituru, Joseph (2023): Demokratie mit Lücken – Die Kampagne der israelischen Rechten gegen den Obersten Gerichtshof, in: wochentaz vom 25. – 31. März 2023 auf der Website <https://taz.de/Justizreform-in-Israel/!5921308/>

Daood, Rula & Green, Alon-Lee (2024): „Unsere Menschlichkeit steht auf dem Spiel“ – Interview über die Organisation „Standing Together“, in: taz vom 9. – 15. Dezember 2023, S. 4; auf der Website <https://taz.de/Palaestinerin-und-Jude-ueber-den-Krieg/!5976681/>

Därmann, Iris & Aguigah, René (2020): Rassismus bei Hannah Arendt – Blind für den Widerstand der Kolonisierten; Interview vom 21.11.2020 auf der Website <https://www.deutschlandfunkkultur.de/rassismus-bei-hannah-arendt-blind-fuer-den-widerstand-der-100.html> (Zugriff: 1.11.2022).

Därmann, Iris & Aguigah, René (2021): Rassismus bei Hannah Arendt – Dient Diskriminierung der Pluralität?; Interview vom 19.12.2021 auf der Website <https://www.deutschlandfunkkultur.de/hannah-arendt-blind-fuer-den-widerstand-der-kolonisierten-und-rassismus-100.html> (Zugriff: 1.11.2022).

Enderlin, Charles (2023): Israel – die Agenda der Radikalen, in: Le Monde diplomatique vom 9.2.2023, S. 1 – 3; auf der Website <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5896993> (Zugriff: 20.3.2023).

Forum Ziviler Friedensdienst (2010): Gewaltfreiheit lernen in einer Umgebung der Gewalt - Unterrichtsheft zum Thema Israel & Palästina, Bonn; auf der Website <https://friedensbildung-schule.de/sites/friedensbildung-schule.de/files/anhang/medien/fbs-gewaltfreiheit-lernen-einer-umgebung-der-gewalt-103.pdf>

Forum Ziviler Friedensdienst (2023): Naher Osten: Proteste und Gewalteskalation - Pressemitteilung vom 20.3.2023, auf der Website <https://www.forumzfd.de/de/naher-osten-proteste-und-gewalteskalation> (Zugriff: 20.3.2023)

Friedländer, Saul (2023): Blick in den Abgrund – Ein israelisches Tagebuch, München.

Geitmann, Roland (2016): Sozialökonomische Weisheitsschätze der Religionen, Zell am Main.

Gurion, Ben (1948): Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel – Verlesen vom ersten Ministerpräsidenten Israels Ben Gurion am 14. Mai 1948 in der Knesset; auf der Website „Jüdisches Leben online“ <https://www.hagalil.com/israel/independence/azmauth.htm>

Harari, Yuval Noah (2013): Eine kurze Geschichte der Menschheit, München.

Harari, Yuval Noah (2023): Das ist ein Staatsstreich, in: Süddeutsche Zeitung vom 17. März 2023, S. 11.

- Herzl, Theodor (1896): Der Judenstaat – Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage, Leipzig und Wien; in: ders.: Gesammelte Zionistische Werke Band 1.
- Heuer, Wolfgang (2016): Föderationen – Hannah Arendts politische Grammatik des Gründens, Hannover; auf der Website <http://www.ha-bib.de/debatte/texte/Heuer,Foederationen%202.Aufl.pdf>
- Illouz, Eva (2024), Euer Hass auf die Juden – Über die Proteste an den Universitäten und die neuesten Variationen in der langen Geschichte des Antisemitismus, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 114 (Pfingstausgabe), S. 17.
- Kaufhold, Roland (2003): Uri Avnery – ein Portrait, in: Uri Avnery (2003): Ein Leben für den Frieden. Heidelberg, S. 258 – 287.
- Kermani, Navid & Sznajder, Natan (2002/2023): Israel eine Korrespondenz, München.
- Körner, Christoph (2017): Christliche Sozialökonomie – Auf dem Weg zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Zell am Main.
- Lessing, Gotthold Ephraim (1779/1988): Nathan der Weise, Leipzig.
- Löhr, Dirk (2013): Prinzip Rentenökonomie, Marburg/Lahn.
- Löhr, Dirk & Harrison, Fred (2017): Das Ende der Rentenökonomie – Wie wir globale Wohlfahrt herstellen und eine nachhaltige Zukunft bauen können, Marburg/Lahn.
- Lüders, Michael (2015): Wer den Wind sät – Was westliche Politik im Orient anrichtet, München.
- Mendel, Meron (2023): Über Israel reden – Eine deutsche Debatte (hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung), Berlin.
- Morris, Benny (2024): 1948 – Der erste arabisch-israelische Krieg, Leipzig.
- Neumann, Julia (2022): Seegrenze zwischen Libanon und Israel – Eine Kurzzeitdeeskalation, in: taz vom 28.10.2022; auf der Website <https://taz.de/Seegrenze-zwischen-Libanon-und-Israel/!5888554/>
- Ohne Verfasser (2022): Bericht in der Tagesschau am 27.10.2022; auf der Website <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-seegrenze-libanon-101.html>
- Onken, Werner (2019/2020): Marktwirtschaft ohne Kapitalismus – Von der Akkumulation und Konzentration der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung, 3 Bände München 2022, insbesondere das Kapitel 7 im Band 1 und das Kapitel 13 im Band 3; auch auf der Website www.werner-onken.de
- Onken, Werner (2022), Neolithische Revolution, kapitalistische Moderne und was kommt danach?; auf der Website www.werner-onken.de
- Oppenheimer, Franz (ca. 1932/1964): Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes - Lebenserinnerungen, Düsseldorf.
- Orni, Efraim (1973): Bodenreform und sozialer Fortschritt in Israel, Jerusalem.

Poppe, Judith (2022a): „Wir müssen ehrlich sein, wir stehen vor einem Rätsel“ - Interview mit dem israelischen Philosophen Yuval Krennitzer, in: taz vom 29./30. Oktober, S. 13.

Poppe, Judith (2022b): „Israel droht die Aushebelung der Gewaltenteilung“ – Interview mit dem israelischen Verfassungsrechtler Adam Shinar, in: taz vom 23. Dezember, S. 3.

Senft, Gerhard (1997): Aufbruch in das gelobte Land - Die Ursprünge der Kibbuz-Wirtschaft, Wien.

Senft, Gerhard (2013): Land und Freiheit – Zum Diskurs über das Eigentum an Grund und Boden in der Moderne, Wien.

Sznaider, Nathan (2022): Fluchtpunkte der Erinnerung - Über die Gegenwart von Holocaust und Kolonialismus, München.

Traiman, Alex (2022): 10 Gründe, warum der Gas-Deal zwischen Israel und dem Libanon einen üblen Beigeschmack hat; auf der Website

<https://www.israelheute.com/erfahren/10-gruende-warum-der-fragwuerdige-gas-deal-zwischen-israel-und-dem-libanon-einen-ueblen-beigeschmack-hat/>

Vogt, Bernhard (1997): Bodeneigentum, Siedlung und sozioökonomische Entwicklung in Palästina/Israel, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 112. Folge, S. 22 - 29 (Teil 1) und 114. Folge, S. 25 - 33 (Teil 2); auf der Website <https://www.sozialoekonomie-online.de/archiv/zfsoe-online-archiv-folge-112-119.html>

Wolffsohn, Michael & Grill, Tobias (2016): Israel – Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, 8. Aufl. Opladen.

Zimmermann, Mosche (2024): Niemals Friedens? – Israel am Scheideweg, Berlin.

Zumach, Andreas (2022): Ritualisierte Bekenntnisse, in: taz vom 19.5.2021; auf der Website <https://taz.de/Rolle-des-Westens-im-Nahostkonflikt!/5767535/>